



Zitat aus dem Mittelstand: Personalreserve Zeitarbeit



Ivo Giebe, Partner
Personaldienste

„In Zeiten einer sich immer schneller verändernden Wirtschaft – einhergehend mit Fachkräftemangel in vielen Bereichen – unterstützt die Branche Zeitarbeit viele Unternehmen der Region mit gut ausgebildetem Personal. Wir schaffen sichere Arbeitsplätze für Ihre Flexibilität.“

• Im Internet: www.mittelstand-kassel.de

Ankündigung

Die 14. Sitzung der Vollversammlung in der Wahlperiode 2009 bis 2014 findet am

**Dienstag, 6. Dezember 2011,
um 16:00 Uhr
im Sitzungssaal der IHK Kassel,
Kurfürstenstr. 9, 34117 Kassel,**

statt. Für IHK-zugehörige Unternehmen ist die Sitzung öffentlich. Anmeldungen erbeten an Elke Beyer (Tel. 0561 7891-222, E-Mail: beyer@kassel.ihk.de). Die Tagesordnung kann unter www.ihk-kassel.de (Wir über uns/Vollversammlung und Regionalausschüsse) abgerufen werden.

Dr. Martin Viessmann Dr. Walter Lohmeier
Präsident Hauptgeschäftsführer

Zwist um die Einstufung von Abschlüssen

Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften laufen Sturm gegen den Beschluss der Kultusminister, das Abitur generell höher zu bewerten als eine abgeschlossene Lehre. Auf einer achtstufigen Skala des sogenannten Deutschen Qualifikationsrahmens haben die Kultusminister das Abitur auf Stufe 5 eingeordnet. Das Gros der Lehre wird dagegen auf Stufe 4 eingeordnet. Der DIHK spricht sich dagegen aus. **DIHK** ■



Über 60 Gäste: Das Thema stieß auf reges Interesse. Kleines Foto: (von links) Alwin Altrichter, Jochen Prawitt, Björn Sänger, Dr. Friedrich von Waitz, Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Berthold Theuffel-Werhahn und IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Walter Lohmeier. (Fotos: Meyer)



Netzwerk Mittelstand organisierte Diskussionsrunde

Debatte zur Euro-Krise

Mit der Euro-Krise und dem Mittelstand hat sich eine Veranstaltung des Netzwerks Mittelstand der IHK Kassel Anfang November beschäftigt. Unter dem Motto „Wege in die Zukunft“ ging es unter anderem um die Rettungsversuche für verschuldete EU-Mitgliedsstaaten sowie die Auswirkungen der damit verbundenen Euro-Krise auf die Konjunktur und mittelständische Unternehmen.

In seinem Eröffnungsvortrag „Ist der Euro in der Schuldenkrise zu retten?“ identifizierte Prof. Dr. Wolfgang Wiegard von der Universität Regensburg zwei kritische Punkte: Mit der Aufstockung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) auf 780 Milliarden Euro übernehme der Steuerzahler erhebliche Haftungsrisiken. Zugleich würde mit dem Ausweiten der EFSF-Befugnisse durch die Hintertür eine Haftungsgemeinschaft eingeführt und die no-bail-out-Klausel aufgehoben. „Die zentrale Frage ist, inwieweit Griechenland durch die private Gläubigerbeteiligung entlastet wird“, zeigte sich Wiegard skeptisch.

Die Modelle zur Hebelung der EFSF können nach Ansicht des Professors die Schuldenkrise entschärfen. Der Preis dafür könne sich jedoch als hoch entpuppen: Je nach Ausgestaltung schultere der Steuerzahler einen großen Teil der Kreditrisiken. Demgegenüber übernahmen die privaten Gläubiger ein geringes Ausfallrisiko. „Einmal mehr besteht die Gefahr, dass die Krise zu einem erheblichen Teil beim Steuerzahler abgeladen wird“, bilanzierte Wiegard. Die vom Steuerzahler übernommenen Eventualverbindlichkeiten hätten mit insgesamt fast 1,7 Billionen Euro schon jetzt ein gigantisches Ausmaß angenommen.

Wiegard verwies darauf, dass mit den Hebelmodellen eine Einebnung der Zinsunterschiede einhergehe, was für Deutschland nachteilig sei. Außerdem bestehe die Gefahr,

dass die betroffenen Länder in ihren Konsolidierungsanstrengungen nachlassen könnten. Als radikale Lösungen zur kurzfristigen Bewältigung der Schuldenkrise sieht der Referent Euro-Bonds und das unbegrenzte Aufkaufen von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB). „Beide Lösungen sind mit den geltenden Europäischen Verträgen und dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar“, gab er zu bedenken. Neben dem kurzfristigen Bekämpfen der Krise müsse über den langfristigen Ordnungsrahmen von Währungsunion und EU entschieden werden.

In der Diskussionsrunde, moderiert von den Netzwerk-Sprechern Alwin Altrichter und Berthold Theuffel-Werhahn, forderte Bundestagsmitglied Björn Sänger (FDP), dass Schuldenstaaten im Notfall staatliche Souveränität abgeben müssten. Wichtig für Griechenland sei ein Wachstumsprogramm, ergänzte Wiegard. „Es fehlt aber teilweise an Mitteln, um die EU-Förderungen zu kofinanzieren.“ Eventuell wäre es eine Option, die Kofinanzierung zurückzuschrauben.

„Dass der Euro Bestand hat, ist auch wichtig für den Mittelstand“, erklärte Dr. Friedrich von Waitz (von Waitzische Beteiligungen GmbH, Kassel). Politische Stabilität sei wesentlich: Man solle daher über das Modell der Vereinigten Staaten von Europa nachdenken. Jochen Prawitt von der Kirix Vermögensverwaltung AG aus Kassel machte darauf aufmerksam, dass die Eurokrise zu einer Kreditklemme führen kann – mit den daraus resultierenden Refinanzierungsproblemen des Mittelstandes. „Durch verschiedene Derivate kann der Markt gegen den Euro beziehungsweise einzelne Länder spekulieren“, sagte er. „Die Politik ist gefragt: Es muss per Gesetz Einschränkungen geben.“ Dafür müsse man Länder wie die USA gewinnen. **WN/CN/AN** ■